

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 47 | 14. Februar 2020



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegt eine aufreibende Woche, wobei der Verzicht von Annegret Kramp-Karrenbauer auf die Kanzlerkandidatur auch für mich überraschend kam.

Zu den Hintergründen und der Lage in Thüringen habe ich auf der kommenden Seite eine kurze Einschätzung geschrieben.

Und auch sonst war Einiges los im politischen Berlin.

Umso mehr freue ich mich nun, den Heimweg anzutreten und mich in der nächsten Woche voll ins Karnevalsgetümmel zu werfen.

Eingestimmt bin ich nach dem Besuch einer Sitzung bei meinem köllschen Kollegen Karsten Möring schon.

Vielleicht sieht man sich ja beim Rosenmontagsumzug in Andernach?

Ihnen und Ihren Lieben alles Gute
und eine tolle Zeit!

Ihre

M. Heil



Thüringen und die Folgen

Die Tollen Tage stehen uns beim Karneval zwar noch bevor, in der Bundespolitik kann man aber den Eindruck haben, dass sie in der letzten Woche schon begonnen haben. Ausgangspunkt war ein Bundesland, das nicht für eine große Karnevalstradition bekannt ist, nämlich Thüringen. Um es gleich vornweg zu sagen: In Thüringen hat sich keine der etablierten Parteien mit Ruhm bekleckert! Die thüringer CDU ist einer Finte der AfD auf den Leim gegangen, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hat, nur um ihn dann nicht zu wählen. Und die FDP hat mit der Kandidatur ihres Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit dazu eröffnet und Thomas Kemmerich war dann nicht klug genug, die Wahl abzulehnen, obwohl das nachfolgende Chaos schon absehbar war.

Was aber in der Öffentlichkeit eher untergeht, ist der Umstand, dass die jetzige verfahrenere Situation noch ganz andere Mütter und Väter hat. Bodo Ramelow hätte diesen Wahlgang nicht einberufen müssen. Es war sogar ausgesprochen fahrlässig, andere sagen eitel, eine Wahl zum Ministerpräsidenten anzusetzen, obwohl es dafür nachweislich keine Mehrheit gab. Weder CDU noch FDP sind in irgendeiner Art verpflichtet, einem Ministerpräsidenten der LINKEN ins Amt zu verhelfen. Auch jetzt gibt es bereits wieder Erpressungsversuche von links in diese Richtung. Dabei hat Die LINKE die jetzige sehr verfahrenere Situation mit der verantwortungslosen Wahlansetzung selber mit herbeigeführt. Etwas Demut und Kompromissbereitschaft sollte man dann wohl auch aus dieser Richtung erwarten können.

Für die CDU gilt weiterhin, dass wir weder mit der AfD noch mit Der LINKEN zusammenarbeiten. Das ist die mehrfach bekräftigte Beschlusslage der Partei, die durch das thüringer Wahlergebnis vom 27. Oktober 2019, bei dem Linke und AfD über 50% der Parlamentssitze errungen haben, natürlich erschwert umzusetzen ist. Es gibt im thüringer Landesverband, wie in allen ostdeutschen Landesverbänden, schwierige Debatten dazu. Das, auch in der Folge dieser Debatten, unsere Bundesvorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, sich nun gezwungen sah, den Verzicht auf die Kanzlerkandidatur zu verkünden und die Abgabe des Bundesvorsitzes bis spätestens zum Jahresende anzukündigen, bedauere ich sehr. Ein Merkmal der CDU war bisher Kontinuität und Geschlossenheit. Wir müssen darauf achten, diese Attribute zukünftig nicht zu verlieren.



Copyright: CDU/Laurence Chaperon

Die erste Gelegenheit dazu ergibt sich bei der jetzt aufkommenden Nachfolge- und Kanzlerkandidaten-debatte. Ich habe es in Interviews schon gesagt: Ich werde mich an öffentlichen Diskussionen zu diesem Thema nicht beteiligen. Die Union braucht eine Kandidatin oder einen Kandidaten, mit der Fähigkeit, CDU und CSU hinter sich zu versammeln. Dieser Persönlichkeit müssen die Menschen in Deutschland zutrauen, die drängenden Zukunftsfragen für unser Land zu lösen. Über das Findungsverfahren haben wir auf dem letzten Parteitag bereits abgestimmt: Mit einer großen Mehrheit wurde eine Mitgliederbefragung zum Thema Kanzlerkandidatur abgelehnt.

CDU und CSU werden jetzt, übrigens genau wie alle anderen Parteien, im Laufe dieses Jahres jemanden küren. Und falls es sich um ein Mitglied der CDU handeln sollte, was nach Markus Söders Aussagen wahrscheinlich ist, wird damit auch die Frage des künftigen Parteivorsitzes geklärt sein. Bei der Frage, wie schnell das Ganze gehen wird, gibt es gute Argumente für ein schnelles aber auch für ein gründliches Vorgehen. Die Entscheidung über das Prozedere wird sicherlich in den nächsten Wochen fallen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass über diese Diskussionen nicht das gute Regieren für unser Land in den Hintergrund rückt. Zuerst das Land, dann die Partei und dann die Person – das war Grundsatz der CDU und das wird es auch bleiben.

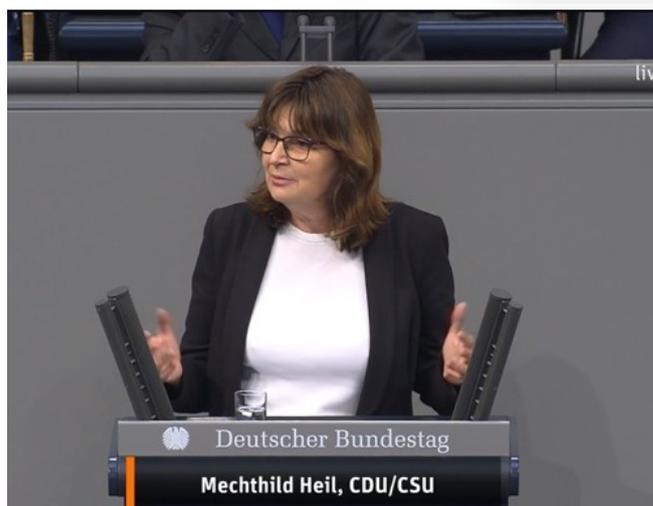
Plenarrede zur Mietpreisregulierung

Heute Vormittag habe ich im Plenum zu mehreren Gesetzentwürfen bzw. Anträgen von Regierung und Opposition zur Regulierung (sprich Begrenzung) von Wohnungsmietpreisen gesprochen.

Ich habe versucht, den Kollegen von Grünen und Linken klarzumachen, dass eine maßvolle Mietpreisregulierung in angespannten Wohnungsmärkten ein Mittel sein kann, um vorübergehend eine Dämpfung der Preisentwicklung zu erreichen.

So tut es die Regierungskoalition mit der sog. Mietpreisbremse. Die Oppositionsfractionen setzen dagegen auf einen sog. Mietendeckel und glauben, damit, gegen die Marktentwicklung, die Mieten dauerhaft regulieren zu können. Das hat allerdings in der Geschichte der Wohnungsvermietung noch nie dauerhaft funktioniert und würde es auch diesmal nicht. Um das Problem der explodierenden Mieten in einigen deutschen Ballungsgebieten grundsätzlich zu lösen, muss schlicht und ergreifend Angebot und Nachfrage wieder besser ausgeglichen werden. Es müssen also fleißig neue Wohnungen gebaut werden.

Unter diesem Link können Sie meine Rede ansehen: <https://bit.ly/2uNHUKW>



Bildquelle: bundestag.de

Jonas Roch über seine Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter

Nach einem halben Jahr heißt es für mich in zwei Wochen Abschied nehmen vom Berliner Büro von Frau Heil. Da im Februar keine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages mehr stattfindet, darf ich mich von den Leserinnen und Lesern der BerlinInfo bereits heute verabschieden.

Als Elternzeitvertretung von Frau Becker, die am 1. März ins Büro zurückkehrt, durfte ich Frau Heil und meine Kollegen im Büro bei vielerlei Aufgaben unterstützen und habe dabei viel gelernt. Besonders durch die Betreuung der Arbeit von Frau Heil im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und die damit verbundene Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, sowie denen des Ausschusses habe ich aus der Perspektive der Handelnden erfahren können, wie der parlamentarische Betrieb "hinter den Kulissen" funktioniert. Auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerkommunikation konnte ich das Büro unterstützen und so wichtige Erfahrungen sammeln.

Für mich geht es nun erst einmal weiter im Studium. Ich arbeite gerade an meiner Masterarbeit im Fach Geschichte, die sich mit dem Leben und Wirken des von Nazis und Einheitssozialisten gleichermaßen verfolgten CDU-Gründers in meinem Heimatkreis beschäftigt. Die Zeit in Frau Heils Abgeordnetenbüro werde ich immer in guter Erinnerung behalten und ihre vielfältige Arbeit weiterhin aufmerksam verfolgen. Für die Zukunft wünsche ich ihr und ihrem Team alles erdenklich Gute.



Interview zum synodalen Weg

Am Mittwoch hatte ich ein sehr interessantes Interview mit Herrn Thomas Wieder, dem Deutschland Korrespondenten der französischen Zeitung Le Monde.

Wir sprachen über die Position der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) zum synodalen Weg der katholischen Kirche und das Abschlussdokument der Amazonas-Synode, dass an diesem Tag vom Vatikan veröffentlicht wurde.



Der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche hat Entsetzen und tiefe Betroffenheit ausgelöst. Ich glaube, dass die katholische Kirche viel verloren gegangenes Vertrauen wieder aufbauen muss. Tiefgreifende Reformen in den veralteten Strukturen sind unvermeidlich. Meiner Meinung nach ist die Öffnung des Priesteramts für Frauen ein essentieller Schritt, um die Kirche in die Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts und die Zukunft zu führen.

Umso enttäuschender ist das am Mittwoch veröffentlichte Papier des Papstes zur Amazonas-Synode. Erhofft hatte ich mir ein starkes Signal zur Gleichberechtigung in der katholischen Kirche. Bekommen haben wir eine Mischung aus stereotypen

Rollenbildern und dem Vorwurf, die Priesterweihe für Frauen nur aus Machtgier zu fordern. Frauen sollten weiterhin die ihnen zugewiesenen Rollen und Aufgaben erfüllen und alles Weitere den Männern überlassen. Ich empfinde diese Äußerungen als herben Schlag und kann die Frustration der vielen engagierten Frauen in der Kirche sehr gut verstehen. Hier liegt noch ein langer Kampf vor uns.

Rote Hände gegen Kindersoldaten

Am Dienstag machte die Kinderkommission des Deutschen Bundestags auf ein untragbares Unrecht aufmerksam.

In vielen Ländern werden auch heute noch Minderjährige als Kindersoldaten eingesetzt. Diese Kinder erleben Unvorstellbares und werden in den Kriegen der Erwachsenen missbraucht.

Sie müssen aktiv an Kämpfen teilnehmen, gefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten und werden häufig

Opfer sexueller Gewalt und mit Drogen gefügig gemacht.

Gegen diese entsetzliche Form der Gewalt an Kindern setzen wir als Abgeordnete mit der Aktion „Rote Hände gegen Kindersoldaten“ ein Zeichen. Die gesammelten Abdrücke der Abgeordneten werden der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Virginia Gamba, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersendet.

